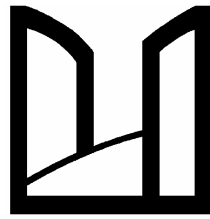
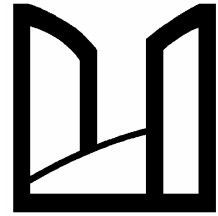


**LSBW**



**LANDESVERBAND DER SCHULPSYCHOLOGEN  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.**

**Geschichte, Entwicklung und  
Standortsbestimmung der  
baden-württembergischen  
Schulpsychologie  
und Bildungsberatung  
2008**



## **Wolfgang Ehinger**

*Vorsitzender des Landesverbandes  
der Schulpsychologen in Baden-Württemberg e.V.*

# **Geschichte, Entwicklung und Standortbestimmung der baden-württembergischen Schulpsychologie und Bildungsberatung 2008**

In einem ersten Teil möchte ich einen historischen Überblick über die Anfänge und teilweise turbulenten Entwicklungen der Schulpsychologie in Baden-Württemberg geben. Anschließend erfolgt der Versuch einer Standortbestimmung in der aktuellen Umbruchsphase Mitte des Jahres 2008.

## **Geschichte der Schulpsychologie in Baden-Württemberg**

Die eigentliche Geburtsstunde der Schulpsychologie in Baden-Württemberg und in Deutschland überhaupt ist der 1.11.1922. also vor 86 Jahren. Damals nahm der erste deutsche Schulpsychologe Dr. Hans Lämmermann in Mannheim seine Arbeit auf. Zu seinem Aufgabenbereich gehörten Schullaufbahnberatung, Einzelfallberatung, Berufsberatung, Systemberatung und Aktionsforschung. Es blieb auch zunächst die einzige schulpsychologische Beratungsstelle.

Psychologie wurde damals vorwiegend mit Sigmund Freud assoziiert, und Sigmund Freud war Jude. Und so kam es 1933 bedauerlicherweise aber systemlogisch zur Schließung der ersten deutschen schulpsychologischen Beratungsstelle nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Es dauerte dann nahezu zwei Jahrzehnte, bis Anfang der 50er Jahre die Schulpsychologie wieder Fuß fasste und eine Schulpsychologische Beratungsstelle im Stadtschulamt Heidelberg und in Mannheim eröffnet wurde.

Die Mitarbeiter der Beratungsstellen mussten allerdings unter sehr widrigen Umständen arbeiten. Räumlich Einengung, Fehlende Arbeitsmaterialien und Ausstattung und schlechte Bezahlung hielten die damaligen Mitarbeiter jedoch nicht davon ab, mit Elan und Begeisterung ihre Aufgabe anzugehen.

In den Jahren 1956 und 1957 wurde mit der Ausbildung der ersten Beratungslehrer, der so genannten Schuljugendberater, begonnen.

Entscheidend für die Entwicklung der Bildungsberatung und Schulpsychologie in Baden-Württemberg waren die Jahre 1964 und 1965.

Zunächst erschien Georg Picht's Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ in der Wochenzeitung Christ und Welt. Dem „Land der Dichter und Denker“ drohte Mittelmaß, und verstärkt wurde dieses

Erschrecken durch den Jahre zuvor in der westlichen Welt aufgetretenen „Sputnikschock“, als in den Tagen des „Kalten Krieges“ Russland die Amerikaner im Wettlauf um den Weltraum überholten. Picht's Artikelserie traf den Nerv der Nation und hatte ähnliche Auswirkungen wie die PISA-Studien der jüngeren Vergangenheit.

Wissenschaftliche Untersuchungen hatten ein starkes regionales und soziales Bildungsgefälle in Deutschland festgestellt, und 1965 formulierte dann Ralf Dahrendorf die „Bildung als Bürgerrecht“: „Jeder Mensch hat ein Recht auf eine seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden weiterführenden Ausbildung.“ Eine Forderung, die heute selbstverständlich erscheint.

Die Bildungspolitiker waren aufgerüttelt und fühlten sich berufen, Deutschland vor dem allgemeinen Bildungsnotstand zu erretten.

Der damalige Ministerpräsidenten Kurt-Georg Kiesinger und der Kultusminister Wilhelm Hahn leiteten rasche Schritte ein.

In einer Modellstudie wurde festgestellt, dass die Regionen geringer Bildungsdichte keineswegs „begabungsentleert“ seien, sprich: die Kinder waren dort auch nicht dümmer. Auch diese Aussage ist aus heutiger Sicht selbstverständlich und nahezu banal.

Um dem drohenden Notstand zu begegnen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Wohnortnahe Mittelschulen und Gymnasien sowie zahlreiche Modell- und Versuchsschulen wurden gegründet, um neue Unterrichtsformen und Schulstrukturen zu erproben, und die ersten schulpsychologischen Dienste wurden institutionalisiert.

So erfolgte Ende 1966 die Einrichtung der ersten fünf Bildungsberatungsstellen in ländlichem Gebiet. (Mosbach, Schwäbisch Hall, Balingen, Villingen, Biberach) Es galt, das soziale und regionale Bildungsgefälle abzubauen, jeder Schüler sollte eine seinen Fähigkeiten entsprechende Schulbildung erfahren. Und für diese so genannte „Ausschöpfung der Begabungsreserven“ wurden Psychologen benötigt, die die Fähigkeiten der Schüler mittels Testdiagnostik erfassen und die Kinder den ihnen entsprechenden Schularten zuführen sollten.

Die 10 ersten Bildungsberater im Lande leisteten damals Enormes, denn von diesen 5 Beratungsstellen aus wurde nahezu ganz Baden-Württemberg versorgt. Tagelang reisten die Kolleginnen und Kollegen übers Land und leisteten wertvolle Aufbau- und Pionierarbeit. Sie genießen dafür meine Hochachtung.

In dieser Anfangsphase erweiterte sich der Aufgabenbereich der Schulpsychologen, in verstärktem Maße trat die Schullaufbahnberatung in den Vordergrund, d.h., die Feststellung individuell angemessener Ausbildungsgänge. Dem einzelnen Schüler sollten Unter- wie auch Überforderung erspart bleiben, seine Interessen und Fähigkeiten sollten zum Tragen kommen und der Gesellschaft sollten die Kosten erspart werden, die durch Fehlentscheidungen von Schullaufbahnen entstehen.

Die Aufgaben haben sich entsprechend der sich ändernden bildungspolitischen Zielsetzungen und den Bedürfnissen der ratsuchenden Eltern und Lehrer ständig angepasst und weiter verschoben.

Im Lauf der Jahre waren die Bildungsberatungsstellen (BBSn) aber immer wieder einem starken Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Eingebettet in eine verwaltungstechnische Hierarchie wurde immer wieder die Frage nach Kosten und Nutzen gestellt, wurde der Sinn einer schulpsychologischen Tätigkeit hinterfragt.

Bei Schulverwaltung und Lehrern waren die Psychologen nicht überall willkommen. Wie auch schon bei Lämmermann waren Vorbehalte und Ängste zu spüren. Die Psychologen störten den Ablauf vor Ort. Da mussten sich „erfahrene“ Pädagogen plötzlich mit jungen Psychologen an den Tisch setzen und ihre Arbeit in Frage stellen. Zudem hatte die wissenschaftliche Psychologie durch ihre „Einmischung“ in Pädagogische Pfründe mit teilweise praxisfernen Vorschlägen nicht nur positive Resonanz hinterlassen.

Dennoch waren die ersten Jahre von Euphorie und Tatendrang geprägt, und durch die persönlichen Kontakte konnten die Vorbehalte allmählich abgebaut werden.

Es dauerte jedoch bis Ende der 80er Jahre, bis das Image von Paradiesvögeln, von Besserwissern und Störenfriedern abgebaut werden konnte. Durch die Arbeit vor Ort haben sich die Schulpsychologen in den Jahrzehnten eine hohe Akzeptanz an der Basis bei Eltern, Schülern, Lehrern und Schulleitungen erworben.

In den Jahren 1969 und 1970 wurden landesweit umfangreiche diagnostische Untersuchungen in den 12. Klassen der Gymnasien durchgeführt mit anschließender Beratung über die weiteren Bildungs- und Studienmöglichkeiten.

In der gleichen Zeit wurde auch ein neuer Ausbildungsplan für Beratungslehrer bzw. die Schuljugendberater ausgearbeitet und umgesetzt.

Durch ausführliche Dokumentationen wurde der Nutzen der Psychologie für die Bildungspolitik deutlich. Dies hatte nachhaltige Auswirkung auf den Schulentwicklungsplan und die Schulpsychologen genossen zunächst das Ansehen der Politiker.

1970 wurde ein Strukturplan „Beratung im Bildungswesen“ erstellt. Beschlossen wurde unter anderem die Einrichtung der Abteilung Bildungsberatung im Institut für Bildungsplanung und Studieninformation (IBS) Stuttgart mit Anschluss der Bildungsberatungsstellen als Außenstellen. Der Ausbauplan für die Bildungsberatung sah damals vor, bis zum Jahre 1980 insgesamt 112 Bildungsberater zu beschäftigen.

Der Ausbau der Bildungsberatung ging zunächst planmäßig und zügig voran. Zwischen 1970 und 1974 wurden neun weitere Beratungsstellen eingerichtet und Schulpsychologen zur Begleitung der Modellschulen eingestellt.

Übrigens: 1971 wurde das Ergebnis einer von der Bildungsberatungsstelle Balingen durchgeführten Auftragsstudie veröffentlicht: die Aussage: Die Kinder von ausländischen Arbeitnehmern sind benachteiligt. PISA lässt grüßen

1975 wurde die Bildungsberatung im Schulgesetz verankert.

Doch zugleich kam es zu den ersten großen Turbulenzen, die nachhaltige Veränderungen nach sich zogen.

Die nicht genehmigte Veröffentlichung zweier Zwischenberichte von Untersuchungen unter dem Obertitel „Modellschulen im Vergleich“ stießen im Ministerium auf Unglauben und Irritation. Darin wurde unter anderem festgestellt, dass die Schüler der Modellschulen, vorwiegend Gesamtschulen, sowohl beim Leistungsvergleich „besser“ abgeschnitten hatten als auch hinsichtlich Schulangst und Schulunlust geringere Werte hatten.

Die öffentliche Forderung von Bildungsberatern nach einer unabhängigen Orientierungsstufe trug zusätzlich dazu bei, die Schulpsychologen bei den Politikern in Misskredit zu bringen.

Die Ergebnisse einer von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studie zur Situation der Hauptschule sorgten ebenfalls für Aufregung und Irritationen.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen lagen nicht im Interesse und auf der Linie der damaligen Landesregierung. Die Akzeptanz der Psychologen bei den Politikern sank und ihre Kompetenz wurde angezweifelt. Ihnen wurde „Linkslastigkeit“ und „Systemveränderung“ vorgeworfen. In der Folge gab es nachhaltige strukturelle Veränderungen wie Verzögerung bzw. Stopp des Ausbaus der Bildungsberatung

Zunächst wurde dies mit vordergründigem Hinweis auf leerer werdende Kassen, später mit der „bildungspolitischen Wende“ hin zu mehr Pädagogik begründet.

1976 wurde das Institut für Bildungsplanung und Studieninformation aufgelöst und die Aufgaben der Bildungsberatung auf die vier Oberschulämter übertragen.

Im gleichen Jahr verlangte zudem der Rechnungshof nach einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Bildungsberatungsstellen weitere strukturelle Veränderungen.

Der Ausbau der Beratungsstellen ging nun schleppender voran, und erst 1978 und 1979 wurden fünf weitere Bildungsberatungsstellen gegründet, eine davon hier in Waldshut. Allerdings mit reduziertem Personal, d.h. mit nur einer Schulpsychologin bzw. einem Schulpsychologen und einer Verwaltungskraft.

Das einheitliche Konzept der schulpsychologischen Arbeit ging nach dem Wechsel zu den Oberschulämtern verloren. Die Schulpsychologen hatten hinsichtlich der Ausführung ihrer Aufgaben große Freiheiten, das Beratungsangebot der einzelnen Beratungsstellen entwickelte sich aufgrund der Kompetenzen und Interessen der Schulpsychologen einerseits und der Nachfrage durch Eltern und Lehrer vor Ort andererseits sehr unterschiedlich. Trotz hohem Einsatz der Schulpsychologen konnten durch die geringe Personaldichte nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden.

Allmählich wandelte sich die Tätigkeit von Bildungsberatung zur schulpsychologischen Beratung, von umfassenden Untersuchungen und wissenschaftlichen Begleitungen hin zu Einzelfallhilfe bei auftretenden

Schulschwierigkeiten und Schullaufbahnfragen. 1979 kam mit dem Beginn des intensiven Engagements in der Beratungslehrausbildung eine weitere umfangreiche und vielschichtige Aufgabe hinzu.

Ab 1980 begann auch die Mitwirkung an der schulinternen, regionalen und zentralen Lehrerfortbildung

Am 4. Juni 1980 gründeten 41 Schulpsychologen in Donaueschingen den Landesverband der Schulpsychologen in Baden-Württemberg e.V.

Ernsthaft gefährdet war die Existenz der Bildungsberatung und Schulpsychologie nur einmal, als 1983 der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Erwin Teufel, eine Auflösung der Bildungsberatungsstellen und die Verlagerung der dort tätigen Psychologen in den Jugend-Strafvollzug überlegte. In dieser Situation wurden größte Anstrengungen zur Öffentlichkeitsarbeit unternommen, um den Nutzen der Schulpsychologie zu verdeutlichen.

Ein eigens dazu eingerichteter Kontrollausschuss konnte sich von der sinnvollen Arbeit und auch dem wirtschaftlichen Nutzen der Schulpsychologischen Beratung überzeugen.

1984 wurden dann neue Richtlinien für die Bildungsberatung erlassen, in denen u.a. die Bezeichnung „Bildungsberater“ durch den Begriff „Schulpsychologe“ ersetzt wurde.

Die Modellschulen des Landes wurden jedoch nach und nach aufgelöst, einerseits weil die Versuchsphase als solche abgeschlossen war, andererseits weil sich die Landesregierung eindeutig für das dreigliedrige Schulwesen entschieden hatte. Die Modellschulpsychologen wurden sukzessive in die Beratungsstellen überführt.

1995 wurde mit der Einsetzung des ersten Psychologischen Schulberaters beim Oberschulamt Tübingen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Es war zugleich der Beginn der Mitwirkung an der schulischen Qualitätsentwicklung.

1997 wurden die Richtlinien für die Bildungsberatung geändert, unter anderem wurde der Name „Bildungsberatungsstellen“ durch den Begriff „Schulpsychologische Beratungsstellen“ ersetzt.

Im Jahr 2000 erfolgte die Einstellung 8 weiterer Psychologischer Schulberater in den Oberschulämtern.

Mit dem Beginn des intensiven Engagements in der Krisenintervention, als Folge der Ereignisse von Erfurt, wurde im Jahr 2002 eine weitere Aufgabe in Angriff genommen.

Durch das Engagement in der Beratungslehrer-Ausbildung wie der Lehrerfortbildung und die daraus resultierenden persönlichen Kontakte hat sich die Akzeptanz der Schulpsychologen bei den Lehrern vor Ort wie auch bei den Vertretern der Schulverwaltung ständig verbessert, die gegenseitige Achtung und Wertschätzung wirkte sich positiv auf die Arbeit aus.

Anfang der 60er Jahre machten nur 7,5% eines Jahrgangs das Abitur. Wenn man bedenkt, dass im Jahr 2004 42,3% eines Jahrgangs die Hochschul- und Fachhochschulreife erworben haben – ein Quantensprung.

Seit 2005 herrscht wieder viel Unruhe und Veränderung in der schulpsychologischen Landschaft.

Zunächst erfolgte im Zuge der Verwaltungsstrukturreform die Eingliederung der Schulpsychologischen Beratungsstellen in die Landratsämter, mit sehr unterschiedlichen Organisationsformen und Strukturen, die nicht ohne Reibungen vonstatten ging.

Die Trennung von Dienst- und Fachaufsicht wirkte sich irritierend und den Arbeitsablauf behindernd aus. Die Schulpsychologen haben einen Dienstauftrag vom Land, der sie weit über die Kreisgrenzen hinaus tätig werden lässt, z.B. bei der Beratungslehrer-Ausbildung oder den Lehrer-Fortbildungen an den Staatlichen Akademien. Um der Dienstverpflichtung einer einberufenen Besprechung im Ministerium folgen zu können musste die Reise zunächst vom nächsten Dienstvorgesetzten im Landratsamt genehmigt werden. Ebenso entstanden anfangs große Unsicherheiten in der Zuständigkeit bei den Reisekostenabrechnungen.

Diese Irritationen und Erschwernisse konnten dort relativ rasch aufgefangen und behoben werden, wo Einsicht in die strukturellen Unzulänglichkeiten bestanden und großzügige und unkonventionelle Handhabung realisiert wurde. Es gab aber auch Regionen, in denen die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Beratungsstellen stark eingeschränkt wurde.

Nach dem 6. Dezember 2006, als eine Amokdrohung an Baden-Württembergs Schulen für viel Aufregung sorgte, beschloss das Kabinett den Ausbau der Schulpsychologischen Beratung.

Und so wurden 2007 mit einem enormen Kraftakt insgesamt 50 neue Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eingestellt, begleitet von der Neugründung von vier neuen Beratungsstellen. Über 700 Bewerbungen mussten dabei gesichtet und bearbeitet, zahlreiche Gespräche geplant und durchgeführt werden.

Kurz darauf erfolgte dann der Beschluss, die Staatlichen Schulämter und Schulpsychologischen Beratungsstellen wieder aus den Landratsämtern auszugliedern. Die Beratungsstellen sollen in die neuen Bezirksschulämter eingegliedert werden, wobei nach neuesten Informationen die Standorte der Beratungsstellen möglichst beibehalten werden sollen.

Und wo stehen wir nun im Jahre 2008?

## **Bildungsberatung und Schulpsychologie in Baden-Württemberg 2008**

### Versuch einer Standortbestimmung

Die Bildungsberatung und Schulpsychologie in Baden-Württemberg stehen derzeit wieder vor einem Wendepunkt. Dies mag dramatisch klingen, und ich möchte im Folgenden meine Bedenken und Befürchtungen schildern, aber auch auf die Chancen und Möglichkeiten hinweisen, die sich aus den aktuellen Veränderungen ergeben.

Ich möchte dabei 5 Aspekte herausgreifen und näher betrachten:

1. Wie stellt sich heute die Bildungsberatung insgesamt dar?
2. Welche Tätigkeiten und Aufgaben nehmen die Schulpsychologen wahr?
3. Welche Akzeptanz genießt die Schulpsychologie heute?
4. Wie sieht die aktuelle Personalsituation aus?
5. Welche Auswirkungen hat die Einbindung der Beratungsstellen in die untere Schulaufsichtsbehörde

### **Wie stellt sich heute die Bildungsberatung insgesamt dar?**

Die Bildungsberatung in Baden-Württemberg besteht aus drei inzwischen stabilen Säulen.

- Den psychologischen Schulberatern an den Regierungspräsidien
- Den 28 Schulpsychologischen Beratungsstellen
- Den Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern an den Schulen vor Ort.

Die psychologischen Schulberater sind inzwischen fester Bestandteil der Abteilungen 77 in den Regierungspräsidien geworden und leisten wertvolle Unterstützung vor allem in der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung von Schule, in der Prozessbegleitung und Evaluation von Schulentwicklung, Fortbildung und Coaching von Schulleitungen, Konfliktmoderationen und Kriseninterventionen. Sie haben gleichzeitig die Fachaufsicht über die an den Beratungsstellen tätigen SchulpsychologInnen.

Durch die Einrichtung von inzwischen 28 Schulpsychologischen Beratungsstellen ist es gelungen, ein relativ dichtes und wohnortnahes Angebot im Lande zu schaffen. Nachholbedarf besteht jedoch nach wie vor und von dem ursprünglichen Ziel von 1970, in jedem Landkreis eine Beratungsstelle einzurichten, sind wir noch einiges entfernt.

Die Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer leisten hervorragende Arbeit und tragen somit viel zur Entlastung der Schulpsychologischen Beratungsstellen bei. Nahezu jeder Schule ist eine Beratungslehrkraft zugewiesen mit je nach zu betreuender Schülerzahl zwischen 2 und 5 Anrechnungstunden pro Woche. Allerdings werden durch Pensionierungen in den nächsten Jahren große Lücken entstehen, die mit den laufenden Ausbildungen nicht vollständig gedeckt werden können.

Seit 1979 besteht ein einheitliches Konzept, das hinsichtlich Qualität der Ausbildung und Einbindung in eine Gesamtstruktur mit das Beste in Deutschland ist. Rund 44 Tage umfasst die praxisnahe Ausbildung, die unter Leitung der Abt. 77 des Regierungspräsidiums von den Schulpsychologen der Beratungsstellen organisiert und durchgeführt wird. Die Beratungslehrer und Beratungslehrerinnen sind eng an die Schulpsychologischen Beratungsstellen gekoppelt und werden durch diese weiter fortgebildet und unterstützt.

### **Welche Tätigkeiten und Aufgaben nehmen die Schulpsychologen derzeit wahr?**

Der Tätigkeitsbereich der Schulpsychologen umfasst ein großes Spektrum. Die Schulpsychologie hat sich im Verlauf der Jahre immer rasch an die wechselnden Anforderungen angepasst, ist ihnen teilweise sogar voraus geeilt. Es ist uns bisher immer gelungen, uns flexibel auf die jeweiligen Aufgaben und Anforderungen einzustellen.

Momentan umfasst das Aufgabenspektrum folgende Tätigkeiten

- Regionale und überregionale Lehrerfortbildung
- Ausbildung, Fortbildung und Praxisbegleitung von BeratungslehrerInnen
- Mitgestaltung von Pädagogischen Tagen
- Mitgestaltung und Moderation von Schulentwicklungsprozessen
- Mitwirkung bei Projekten und Maßnahmen zur Lehrergesundheit
- Supervision und Coaching von Lehrern, vor allem in aktuellen Krisensituationen
- Fortbildung und Coaching von Schulleitern
- Unterstützung und Beratung von Lehrkräften:  
in pädagogisch-psychologischen Fragestellungen bezüglich SchülerInnen mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten.
- Krisenmanagement und Notfallhilfe an Schulen bei Gewalttaten, Bedrohungen, Unfällen, Suiciden usw.
- Konfliktmoderationen Eltern – Lehrer, Lehrer – Schulleitungen, usw.
- Testdiagnostische Untersuchungen im Zusammenhang der Hochbegabtenförderung und den Hochbegabtenzügen an Gymnasien
- Psychologische Einzelfallhilfe  
bei Schwierigkeiten im Leisten, Lernen, Erleben und Verhalten im Schulbereich
- Unterstützung der Schulaufsichtsbehörden in psychologisch-pädagogischen Fragestellungen und Mitwirkung zur Weiterentwicklung des Schulwesens. Dadurch entsteht auch die Verpflichtung, die gemachten Erfahrungen, Wahrnehmungen und Sichtweisen der Verwaltung und Politik rückzumelden und zur Verfügung zu stellen.

Diese Vielfalt der Aufgaben hat allerdings auch dazu geführt, dass kein einheitliches Außenbild entstehen konnte. Die Aufgaben sind zu vielfältig, als dass eine Beratungsstelle mit bisher ein oder zwei Personen alle Aufgaben hätte erfüllen können. Dadurch entstanden große Unterschiede in den Schwerpunkten der einzelnen Beratungsstellen, die nur teilweise durch gegenseitige Unterstützung und Amtshilfe ausgeglichen werden konnte.

### **Welche Akzeptanz genießt die Schulpsychologie heute?**

Wie bereits erwähnt gab es anfangs große Vorbehalte der Pädagogik gegenüber der Psychologie, die zum Teil sogar begründet waren.

Durch die Arbeit vor Ort wuchs die Akzeptanz jedoch im Verlaufe der Jahre. Dies konnte auch dadurch erreicht werden, dass die Kompetenz der Schulpsychologen verdeutlicht werden konnte und gleichzeitig die Kompetenzen und die Verantwortung der Lehrer nicht in Frage gestellt wurden. Anstatt Belehrung wurde Kooperation realisiert und es entstand vielerorts produktive Partnerschaft. Die Schulpsychologie konnte zeigen, dass sie wertvolle Beiträge und Unterstützung zur Qualitätssicherung der Schule leisten konnte.

Wir Schulpsychologen können es nicht besser als die Pädagogen. Und wir sehen nicht mehr. Aber wir haben die Möglichkeit, anders und anderes wahrzunehmen, und diese Wahrnehmungen rückzumelden und dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Durch unsere Ausbildung und durch die Struktur unserer Arbeit haben wir Schulpsychologen die Möglichkeit, die Nöte der Schüler, Eltern und Lehrer assoziativ zu erspüren und zu erkennen.

Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, aus der Distanz unserer Beratungsstellen quasi aus der Vogelperspektive Gesamtzusammenhänge zu erkennen, Wechselwirkungen zwischen Personen oder zwischen Systemen wahrzunehmen und zu benennen.

Mit Hilfe der psychologischen Diagnostik können wir den geschärften Fokus auf einzelne relevante Detailfragen richten.

All dies ist nützlich und hilfreich für das System der Schule wie für den Einzelnen, der in diesem System zurechtkommen muss.

Aufgrund unserer neutralen Position außerhalb der Aufsicht und Weisungsbefugnis können wir unsere Beobachtungen und Wahrnehmungen dem Einzelnen wie den Systemen rückmelden und so zu konstruktiven Veränderungsprozessen beitragen. Diese neutrale Haltung sowie die klare Trennung von Aufsicht und Beratung hat wesentlich mit dazu beigetragen, die Akzeptanz der SchulpsychologInnen als Partner von Schule zu erhöhen.

Wir haben unseren Platz im Schulsystem, wir werden gebraucht und können wertvolle Beiträge und Unterstützung leisten. Dies dokumentiert sich übrigens auch in den zahlreichen Veröffentlichungen von Schulpsychologen, denen von Seiten der Pädagogen viel Praxisrelevanz und Nützlichkeit bescheinigt wird. Wir brauchen uns also nicht zu verstecken, wir können uns

aber auch nicht zu offensiv anbieten, weil wir das, was alles nötig wäre, mit dem vorhandenen Personal gar nicht bewältigen können.

Auch wenn noch nicht alle Vorbehalte und Bedenken ausgeräumt sind, so wage ich trotzdem zu behaupten, dass die Schulpsychologie derzeit auf allen 3 Ebenen, der pädagogisch-psychologischen Basis der Eltern und Lehrer, der Verwaltungsebene und auf der politischen Ebene eine hohe Akzeptanz und hohes Ansehen genießt. Den Schulpsychologen ist es alles in allem gelungen, sich einen festen Stellenwert in der Schullandschaft zu erarbeiten und zwar durch Kompetenz, persönlichen Einsatz und Überzeugungskraft. Durch die Einbindung an die untere Schulaufsichtsbehörde und die dadurch entstehende enge Koppelung von Aufsicht und Beratung besteht allerdings die Gefahr, dass diese mühsam erworbene Akzeptanz in den nächsten Jahren leiden wird. Wir sind uns deshalb darüber im Klaren, dass wir unsere neutrale Haltung tagtäglich in der konkreten Arbeit unter Beweis stellen und nach wie vor daran arbeiten müssen, die Akzeptanz weiter zu erhöhen.

### **Wie sieht die aktuelle Personalsituation aus?**

Die aktuelle Situation ist geprägt durch einen radikalen Generationswechsel.

Mit einem bewundernswerten Kraftakt ist die Anzahl der Planstellen für Schulpsychologen an den Beratungsstellen im letzten Jahr von 51 auf 101 nahezu verdoppelt worden.

Kurz zuvor war die Anzahl der Stellen der psychologischen Schulberater in den Regierungspräsidien auf 16 erhöht worden.

Parallel hat die Pensionierungswelle auch vor den Schulpsychologen nicht Halt gemacht und viele junge Kolleginnen und Kollegen füllten unsere Reihen.

Momentan gibt es 126 vom Land beschäftigte Schulpsychologen in Baden-Württemberg, die sich die insgesamt 118 Stellen teilen (einschließlich der Referentenstelle im Ministerium). Nur etwa ein Viertel dieser Kolleginnen und Kollegen sind länger als vier Jahre im schulpsychologischen Dienst des Landes. Nicht berücksichtigt sind dabei die Kolleginnen und Kollegen, die bei freien Trägern angestellt sind.

Dies führt dazu, dass

- komplett neue Teams an den Beratungsstellen arbeiten, die sich erst in die Materie und Schullandschaft vor Ort einarbeiten müssen.
- viel Zeit und Kapazität der „alten Hasen“ aufgewendet werden muss, um diese jungen bzw. neuen Kolleginnen und Kollegen auch über Zuständigkeitsgrenzen hinaus einzuarbeiten, um die jahrelang erworbenen Erfahrungen und das Wissen weiterzugeben.
- die neuen und größer gewordenen Teams neue Informations- und Organisationsstrukturen entwickeln müssen, um den reibungslosen Arbeitsablauf zu gewährleisten.

Und ich bin erfreut, von meiner Warte aus beobachten zu können, wie sich alte und neue Kolleginnen und Kollegen engagiert, solidarisch und effektiv auch dieser Aufgabe stellen. So wurden z. B. durch gemeinsame Anstrengungen des Landesverbandes der Schulpsychologen und des Ministeriums rund 50 Kolleginnen und Kollegen in Krisenmanagement und Krisenintervention durch qualifizierte Ausbilder nach dem Konzept der International School Psychology Association fortgebildet. Zudem gibt es einen verstärkten kollegialen Austausch und organisierte Einarbeitungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für die neuen Mitarbeiter. Hier gebührt auch viel Dank den Landratsämtern, die dies durch großzügige Rahmenbedingungen möglich machen.

Die hohe Akzeptanz und die Verstärkung unseres Personals führen andererseits zu mehr Begehrlichkeiten und erhöhten Ansprüchen.

- Die Not an den Schulen wird größer und von Seiten der Eltern und Lehrer werden wir immer häufiger angefragt in der Einzelfallhilfe. Schwindende Zukunftsperspektiven, knapper werdende Ressourcen usw. tragen das Ihrige dazu bei.
- Die Belastung für die Lehrer an den Schulen übersteigt immer mehr die Grenze des Erträglichen und Aushaltbaren. Zu viele Veränderungen und Projekte müssen ohne zusätzliche Ressourcen geschultert werden. Die Mitte des Jahres beschlossenen Maßnahmen bringen zwar Erleichterung und sind daher zu begrüßen, werden die Belastungen aber nur teilweise mindern. Viele Lehrer sind von Burn-out bedroht und wenden sich auch an uns mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung.
- Die Belastungen führen auch zu einem erhöhten Konfliktpotential an den Schulen, zwischen Eltern und Lehrern, zwischen Schülern, zwischen Schülern und Lehrern, aber auch zwischen den Lehrern bzw. Kollegien und Schulleitung. Immer häufiger wird der Ruf nach Konfliktmoderation oder Unterstützung in Mobbing-Fällen.
- Der Fortbildungsbedarf in psychologischen Themen wie Umgang mit Disziplinproblemen, Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten, Gesprächsführung, Stressmanagement usw. nimmt ständig zu. Die Lehreraus- und -fortbildung hat hier noch einen beträchtlichen Nachholbedarf. Die geplante gemeinsame Ausbildung von Hauptschul- und Realschullehrern ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sinnvoll in meinen Augen wäre eine gleiche Ausbildung für alle Lehrer, die in den Klassen 1 - 10 unterrichten.
- Der Bedarf zur Unterstützung bei aktuellen Schulkrisen nach Gewalttaten und Amokdrohungen, Mobbing, Unfällen oder Trauerfällen nimmt drastisch zu und erfordern schnelles und flexibles Handeln

Die Begehrlichkeiten sind dabei schneller angestiegen als unser Personal, auch wenn sich dieses im letzten Jahr verdoppelt hat.

Auch wenn sich die Relation Schulpsychologen – Schüler im letzten Jahr auf 1: ca 17000 verbessert hat und wir uns dem Bundesdurchschnitt nähern sind wir international in Europa immer noch am Tabellenende. Der OECD-Standard liegt bei einer Relation von 1:2500 und die PISA-Siegerländer haben eine Relation von 1:1000. Um diese Relation zu erreichen, müssten in Baden-Württemberg etwa 1600 Psychologen eingestellt werden, um das Häuflein von 126 zu unterstützen.

### **Welche Auswirkungen hat die Einbindung der Beratungsstellen in die untere Schulaufsichtsbehörde?**

Nachdem die nach der großen Verwaltungsstrukturreform 2005 entstandenen Irritationen und Unruhen sich vielerorts durch konstruktive Auseinandersetzungen allmählich zu beruhigen begannen und sich in einem Alltagsrhythmus stabilisierte, steht momentan die nächste Veränderung bevor.

Der Ministerrat hat Ende 2007 beschlossen, die Aufgaben der unteren Schulaufsichtsbehörden einschließlich derjenigen der schulpsychologischen Beratungsstellen wieder aus den Landratsämtern herauszulösen und landesweit neu zu bildenden Staatlichen Schulämtern zu übertragen. Die Schulpsychologischen Beratungsstellen sollen dabei in die zukünftigen Schulämter eingegliedert und untergeordnet werden. Dadurch verliert die Schulpsychologie weiter an Autonomie und Eigenständigkeit, und dies in einer Zeit, in der parallel die eigenständige Schule propagiert und durch konstruktive Maßnahmen immer mehr ermöglicht wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, ob die Schulpsychologie zukünftig ihre Neutralität und Eigenständigkeit vor allem in den Augen unseres Klientels behalten kann oder ob wir von Verwaltung und Politik instrumentalisiert und funktionalisiert werden. Vor allem der räumlichen Unterbringung der Beratungsstellen in die für Aufsicht zuständigen Ämter sehe ich mit großen Bedenken entgegen.

Die räumliche Integration in die untere Schulaufsicht birgt die Gefahr, dass die Aufgaben und Funktionen von Aufsicht und Beratung gekoppelt und verwischt werden. Es besteht die Gefahr, dass die Akzeptanz bei den Lehrern dadurch sinken wird und der gute Ruf der Schulpsychologischen Beratungsstellen leidet.

Aufsicht und Beratung müssen unserer Meinung nach strikt getrennt sein. Aufsicht ist unserer Meinung nach inkompatibel mit psychologisch-pädagogischer Beratung.

Der Staat hat die Aufgabe, die Umsetzung der Zielvorgaben im Bildungswesen zu kontrollieren und damit die Schulaufsicht beauftragt. Selbstverständlich hat die Schulaufsicht auch beratende Funktion. Schließlich arbeiten dort auch Schulräte. Es handelt sich aber um eine qualitativ andere Form von Beratung. Die Ziele werden vorgegeben, und die Schulaufsicht hilft den Schulen mit ihrer Beratung, die Zielvorgaben effektiv umzusetzen. Die pädagogisch-psychologische Beratung der SchulpsychologInnen und

BeratungslehrerInnen unterstützt die Ratsuchenden bei der Zielfindung und hilft ihnen, die selbst formulierten Ziele zu realisieren.

Im englischen Sprachgebrauch wird hier auch deutlicher durch entsprechende Begriffe unterschieden. Man spricht dort von „Advising“ und „Counselling“.

„Advising“ ist die beratende Funktion aus der Rolle der Aufsicht, des Vorgesetzten, auch des Lehrers in seiner Rolle als Unterrichtender. Hier hat sich selbstverständlich die Ausübung der Aufsicht und der Leitung und Führung gewandelt, weg vom „KKK“-Prinzip der 50er Jahre zum „FFF“-Modell, vom Kommandieren, Kontrollieren und Korrigieren zum Fordern, Fördern und Feedbacken.

Ein wesentliches Element dieser Beratung, des Advising, ist aber die Zielvorgabe durch den politischen Auftrag, und damit verbunden die Zielvereinbarungen und die Überprüfung von Qualitätsstandards als wichtige Aufgabe der Aufsicht und der Führung. Sie ist verbindlich und verpflichtend für die Beteiligten. Diese Form der Beratung versteht sich als Aufsicht mit freundlichem, partnerschaftlichem und modernem Gesicht.

Demgegenüber ist die Neutralität und Freiwilligkeit eine Notwendigkeit des Counselling, der psychologisch-pädagogischen Beratung durch SchulpsychologInnen und BeratungslehrerInnen, die sich zudem oft in den Grenzbereichen der therapeutischen Begleitung und Unterstützung bewegt.

Schweigepflicht, Vertraulichkeit, Freiwilligkeit und Neutralität sind wichtige Elemente, ohne die diese Beratung nicht gelingen kann. Für ratsuchende Eltern und Lehrer müssen daher diese beiden Institutionen klar trennbar bleiben, beide haben ihre wichtige Funktion im Schulsystem, beide werden benötigt. Beide müssen sich daher auch abstimmen und kooperieren.

Die Trennung von Fach- und Dienstaufsicht durch die Verlagerung in die Landratsämter bleibt auch nach dieser Korrektur weiterhin bestehen. Diese Trennung führt zu längeren und komplizierten Dienstwegen und Arbeitsabläufen. Deshalb hat der Verband der Schulpsychologen dem Minister vorgeschlagen, Dienst- und Fachaufsicht der SchulpsychologInnen wieder zusammenzuführen und zentral zu verwalten. Leider ohne Erfolg.

Zudem haben SchulpsychologInnen Arbeitsaufträge vom Ministerium, die über die Grenzen und Zuständigkeitsbereiche der Schulämter hinausgehen. So z.B. die Ausbildung von BeratungslehrerInnen auf der Regierungsbezirksebene, die Lehrerfortbildungen an den Staatlichen Akademien und Teilnahme an Arbeitskreisen auf Landesebene. Ferner obliegt uns auch die Betreuung der Gymnasien und Berufsschulen. Die in den letzten Jahren entstandenen Irritationen aus diesen Strukturen werden sicher zunehmen und unsere Arbeit erschweren.

Die Chancen dieser Korrektur der Verwaltungsreform liegen darin, dass die Organisationsstruktur wieder einheitlicher wird und dass unter Wahrung der räumlichen und aufgabenbezogenen Trennung die notwendige Kooperation verstärkt werden kann.

Die Kooperation von Schulpsychologie und Schulverwaltung hat sich in den Jahrzehnten intensiviert und kann derzeit überwiegend als gut bezeichnet

werden. Die gegenseitige Akzeptanz und Achtung vor der Arbeit und den Leistungen ist gestiegen. Dies müssen wir nutzen, um in diesen schwierigen Zeiten, in denen zusammengefügt werden soll was nicht so richtig zusammenpasst, in gegenseitigem Respekt auf der inhaltlichen und sachlichen Ebene die unterschiedlichen und gemeinsamen Aufgaben zu meistern. Wir Psychologen haben natürlich eine andere Wahrnehmung, sehen andere Dinge und ziehen andere Schlussfolgerungen, und es ist notwendig und gehört auch zu unseren Dienstplichten, dass wir diese in angemessener Form an die Verwaltung zurückmelden und dann gemeinsam nach umsetzbaren und machbaren Lösungen suchen.

Unser Bestreben sollte auch zukünftig sein, die in den Jahren der Landratsamtzugehörigkeit intensiverte und für die Qualität der Schule notwendige Kooperation mit der Jugendhilfe beizubehalten, zu pflegen und weiter auszubauen. Ich denke, dass uns dies gelingen wird, und dass unsere leider nur kurze Zugehörigkeit zum Landratsamt weiter positive Früchte trägt.

Effektive Schulpsychologie versteht sich nicht als pure Dienstleistung, sondern als Partnerschaft mit der Schule.

Wir verstehen uns nicht als Reparaturbetrieb, bei dem man unliebsame, nicht funktionierende Schüler oder Lehrer zur Instandsetzung abgibt, sondern als Partner, die gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen suchen, indem jeder seine Fähigkeiten und Qualifikationen unter Berücksichtigung seines Aufgabenfeldes und Auftrages in diese Lösungssuche einbringt. Um gemeinsam daran zu arbeiten, jeder mit seinen Sichtweisen und Kompetenzen, dass die Qualität von Schule und Bildung gesichert und wo notwendig verbessert wird.

Die Schulpsychologie war schon immer gewissen Ambivalenzen und Widersprüchen ausgesetzt und wird es auch bleiben.

Nach wie vor sind wir aber bestrebt, die notwendige Balance zu finden:

- Die Balance zwischen Einzelfallberatung und Systemberatung. Einerseits stabilisieren wir durch die Einzelfallhilfe auf der pädagogisch-psychologischen Ebene auch Fehler und Unzulänglichkeiten des Systems und liefern Argumente zur Nicht-Veränderung und Beibehaltung des Status Quo. Andererseits ist es auch dringend notwendig, diese Fehler und Unzulänglichkeiten, die wir sehen, auch wieder in die zuständige Ebene von Verwaltung und Politik zurückmelden und unseren Beitrag zur Veränderung und Verbesserung zu leisten. Beide Aufgaben halten wir für notwendig, die Hilfe für den Einzelnen, in diesem bestehenden System seinen oder ihren Weg zu finden, und die Notwendigkeit, bestehende Unzulänglichkeiten zu benennen und an die Verantwortlichen zurückzumelden. Dies geht natürlich nicht immer ohne Reibungen und Konflikte vonstatten, wie die Vergangenheit gelehrt hat. Und wir dürfen uns auch in Zukunft nicht scheuen, diesbezüglich unsere Standpunkte offensiv zu vertreten und mögliche Reibungen und Konflikte auszuhalten.
- Die Balance zwischen Reaktion und Aktion, zwischen Intervention und Prävention. Zum einen haben wir die Aufgabe der Feuerwehr, unser

Fachwissen, unsere Kompetenz und unsere Qualifikation zur Bewältigung entstandener Krisen, im Kleinen wie im Großen, zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite haben wir die Verpflichtung, dieses Fachwissen und unsere Erfahrung zur Entwicklung und Durchführung von präventiven und somit krisenverhindernden Maßnahmen einzusetzen.

- Da in unserer Gesellschaft und in unserem Schulsystem der Grundgedanke und die Grundhaltung der Selektion verankert sind, werden wir auch immer wieder mit entsprechenden Aufträgen konfrontiert, denen wir uns, da wir im Auftrag und innerhalb des Systems arbeiten, nicht immer entziehen können. Ich halte es aber für wichtig, dass wir dazu beitragen, dass Fordern und Fördern, getreu dem Grundsatz von Maria Montessori, sich als Grundhaltung unseres Schul- und Bildungssystem etablieren und stabilisieren werden.

Und trotz meiner Bedenken, die ich hege, blicke ich hoffnungsvoll in die Zukunft:

Alle am Schulleben beteiligte, Schüler, Eltern, Lehrer, Schulpsychologen und Schulaufsicht und sogar die Politik haben ein gemeinsames Ziel. Eine qualitativ gute und humane Schule, die es jedem Kind ermöglicht, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung zu finden, die ihm einen Rahmen der Sicherheit und Geborgenheit bietet, den eigenen Weg zu finden.

Und wir Schulpsychologen sind auch zukünftig bereit, unseren Beitrag, den wir dazu leisten können, mit Hilfe unserer Kompetenz und Erfahrung mit hohem Engagement und Einsatz zu erbringen.

**Quellen:****Bayrischer Landesverband der Schulpsychologen e.V.:**

Was bewegt Schulpsychologie? Sonderdruck zum 20jährigen Jubiläum

**Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen:**

Schulpsychologie in Deutschland. Berufsprofil

**Christian, Hatto und Zech, Thomas:**

Schulpsychologie im Spannungsfeld von Individuum und Systemen  
Prax. Kinderpsychol. Kinderpsychiat. 40 , Vandenhoeck & Ruprecht 1991

**Dollase, Rainer:**

Leistung –Lust oder Last.

oder: Die Schulpsychologie als Korrekturfaktor der Schul- und  
Bildungspolitik.

Vortrag 17. Bundeskonferenz für Schulpsychologie, Köln 2006

**Heyse, Helmut:**

Paradigmenwechsel in der Schulpsychologie: Analysen und Perspektive  
*Notizen und Gedanken für ein Referat, vorgetragen auf der Fortbildungsveranstaltung des  
Berufsverbandes Hessischer Schulpsychologen (BHS) am 29.09.1989 in Alsfeld.*

**Keller, G.:**

Geschichte der baden-württembergischen Schulpsychologie und  
Bildungsberatung

**Keller, G.:**

Die deutsche Schulpsychologie wird 75 Jahre alt.  
Report Psychologie 22, Heft 8, 1997, S. 573-575.

**Keller, G.:**

Schulpsychologie von A-Z.  
Ein schulpsychologisches Praxislexikon.  
Heidelberg, Kröning 2003.

**Reichenbecher, H./Osterland, J./Faist, M.:**

Von der Bildungsberatung zur Schulpsychologischen Beratung.  
Berlin 2007.